

# Glanz und Elend der deutschen Geschichte 1957 bis 1990 Band 5

## Die Wiedervereinigung Mittel- und Westdeutschlands

Band 5/119: 26.04.1986 – 21.01.1988

### 26.04.1986

**UdSSR:** In der Ukraine ereignet sich am 26. April 1986 der bisher schwerste Unfall in der Geschichte der friedlichen Nutzung der Kernenergie.

Bei diesem Super-GAU (Größter Anzunehmender Unfall) im Kernkraftwerk Tschernobyl wird 40- bis 50mal soviel Radioaktivität freigesetzt, wie bei der Atombombenexplosion in Hiroshima (Japan) im Jahre 1945 (x175/790).

### 26.05.1986

**BRD:** Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (22/1986) berichtet am 26. Mai 1986 über die "Pfungtschlacht" von Wackersdorf: >>Wie sie ihre Wut loswerden ...

Die "Pfungtschlacht" von Wackersdorf: brutale Chaoten, kopflose Polizisten - Tschernobyl hat der westdeutschen Antikernkraftbewegung einen neuen Schub schlimmer Unterstützer zugeführt: junge Gewalttäter. Zu Pfingsten bekam das am Baugelände für die atomare Wiederaufarbeitungsanlage Wackersdorf die bayrische Polizei zu spüren. Sie war weder personell noch taktisch in der Lage, die Tage dauernden Krawalle zu beenden, und warf am Ende Reizgasbomben unter friedliche Demonstranten.

Jeden Sonntagnachmittag versammeln sich am Rande des Frankfurter Rhein-Main-Flughafens einige hundert Demonstranten an der Flugplatzmauer. Unermüdlich und bei jedem Wetter protestieren sie seit gut zwei Jahren gegen die neue Startbahn 1800 West, die im April 1984 nach erbitterten Auseinandersetzungen in Betrieb genommen worden war.

Nicht alle bleiben dabei friedlich. So "80 bis 100 Startbahengegner" sind vielmehr nach polizeilicher Erfahrung "immer auf Randalen aus", attackieren Mauer und Polizisten mit Steinen, Stahlkugeln und Sprengsätzen - jede Woche, Sonntag für Sonntag.

Aber Pfingsten 1986 nicht.

Am vorletzten Wochenende herrschte Ruhe in Frankfurt. Harmlose Spaziergänger blieben unter sich, die Polizei machte "nur zwei Chaoten" an der Startbahn aus - die anderen waren, wie ein Beamter wußte, "alle nach Wackersdorf gefahren".

Logo. Auf die geplante atomare Wiederaufarbeitungsanlage (WAA) im Taxölderner Forst bei Wackersdorf in der bayrischen Oberpfalz konzentrierte sich am Pfingstwochenende, vier Wochen nach Tschernobyl, nahezu das gesamte mobile Randalen-Potential der Bundesrepublik.

Neben friedlichen Demonstranten, die zu Zehntausenden kamen, präsentierte sich geballte Militanz: junge Wilde, die sich selber "Streetfighter" oder "Autonome" nennen und für das "Schweinesystem" nur Brechstangen, Pflastersteine und Molotow-Cocktails übrig haben.

Mindestens tausend Chaoten - nach Expertenschätzung die Mehrheit aller derzeit "reisenden Intensivtäter" - schlugen in Wackersdorf zu. Just zum Kirchenfest, das der Erscheinung des Heiligen Geistes gewidmet ist, war in der katholischen Oberpfalz der Teufel los.

Drei Tage lang gab es nun auch in Wackersdorf Szenen wie in Brokdorf (1977 und 1981) oder Gorleben (1980). Vermummte Gestalten, die ungeachtet der Wasserwerfer den Eisengitter-

zaun des WAA-Baugeländes zu brechen suchten, Polizisten mit Stahlkugeln aus Zwillingen unter Beschuß nahmen und Polizeifahrzeuge in Brand setzten; tieffliegende Hubschrauber der Staatsgewalt, die Reizgasgranaten in die Menge warfen - schierer Zufall, daß es keine Toten gab. 187 Polizisten und Hunderte Demonstranten wurden verletzt, die Sachschäden gingen in die Millionen.

Diese Bilanz allein spricht Versprechungen bayrischer Politiker einschließlich des Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß hohn, die Standortentscheidung für das stille Kiefernwäldchen in der Oberpfalz würde eine "rasche und ungestörte Realisierung des Projekts" (Strauß) garantieren.

In der festen Überzeugung, daß es gewalttätige Ausschreitungen im Freistaat einfach nicht geben könne, wenn Randalierern von Anfang an "mit der notwendigen Entschlossenheit" (Strauß) entgegengetreten werde, unterlief den bayrischen Ordnungshütern ein unglaublicher Kardinalfehler: Sie verkannten die aufrührende Wirkung von Tschernobyl. Sie rechneten nicht mit so viel Wut - und nicht mit so vielen Leuten, die sie hatten.

Obwohl Sicherheitsbehörden in Hessen, Baden-Württemberg und Berlin Aufbruchstimmung in der Szene signalisiert hatten, kam die Botschaft in Bayern nicht an. "Wir hatten zu Pfingsten", erläutert Einsatzleiter Theo Hartmann, "keine Demonstrationen, wir hatten ein Zeltlager, Demonstranten waren keine angekündigt" - als ob sich Chaoten bei den Behörden voranmelden.

Die an Fahrlässigkeit grenzende Naivität der Ordnungshüter führte dazu, daß zu Pfingsten in Wackersdorf zunächst nur 1.000 Polizisten parat standen - zu Ostern, da alles bis auf ein paar Scharmützel am Bauzaun friedlich zugeing, waren es noch 5.000 gewesen.

Entgegen sonst üblicher Polizeipraxis wurden auf den Zufahrtsstraßen weder Wagen noch Insassen gefilzt. Die für friedliche Demonstranten ärgerliche Methode macht sicherheitstaktisch durchaus Sinn. Mitunter werden Schlagwerkzeuge und Molotow-Cocktails massenweise sichergestellt; so war es einst in Brokdorf, und an der Startbahn West wird das "mit großem Erfolg" (ein Frankfurter Polizeisprecher) allwöchentlich vollzogen.

Anstelle weiträumiger Vorkontrollen begnügte sich die Polizei mit einer einzigen Fahndungsaktion in der Nähe von Erlangen, wo zufällig auch eine - genehmigte - Anti-WAA-Demonstration stattfand. Immerhin wurde dabei eine neue Erkenntnis gewonnen: Demonstranten, die offenbar auf Randalen aus waren, transportierten ihr Werkzeug nicht nur in Autos, sondern auch auf Motorrädern, mit denen Straßensperren oder Verkehrskontrollen auf Schleichwegen umgangen werden können. 35 bewaffnete Motorradfahrer konnten von den Erlanger Kontrollleuten nur mit vorgehaltener Schußwaffe gestoppt werden.

In der Oberpfalz aber konnten die Krawallos aus allen Himmelsrichtungen unkontrolliert anrollen, und sie nahmen gleich am Pfingstsamstag ihre Chancen wahr. Etwa hundert Vermummte stoppten per Notsignal den Eilzug Schwandorf - Amberg auf der am WAA-Areal unmittelbar vorbeiführenden Bahnlinie, zertrümmerten Fensterscheiben und nahmen Feuerlöscher mit.

Ein paar Stunden später wurde ein Güterzug nach Schwandorf mittels Baubarrikaden angehalten, Demonstranten koppelten die Lokomotive ab und bombardierten den Lokführer mit einem Hagel von Steinwürfen, bis der mit der Lok allein die Flucht ergriff. Später mußte die eingleisige Bahnstrecke gesperrt werden, nachdem Randalierer Schienen gelockert und aus dem Boden gewuchtet hatten.

Das war nur ein Vorspiel. Am Sonntag und in der Nacht zum Montag ging es am WAA-Gelände erst richtig los. Chaoten-Trupps setzten den anrückenden Polizisten Barrikaden aus Baumstämmen und Straßenfallen mit Krähenfüßen entgegen und legten den Mast einer 10.000 Volt führenden Stromleitung um.

Schließlich rückten die Anarchos sogar mit schwerem Gefährt an: einem Schaufelbagger der

Bayerischen Braunkohlen-Industrie (BBI), der bei den WAA-Bauarbeiten zur Abwasserentsorgung eingesetzt wird und über die Feiertage ausgerechnet in der Nähe des Pfingst-Camps der WAA-Gegner abgestellt worden war.

Der geklaute und mit Mühe in Gang gebrachte Koloß rammte einige Male, wenn auch vergeblich das Tor 1 am WAA-Zaun, ehe ihn ein massiver Wasserwerfer-Einsatz der Verteidiger außer Gefecht setzen konnte. Den Durchbruch schafften hingegen die sägenden Handwerker, die sich diesmal - im Gegensatz zu den Scharmützeln vom Ostermontag - mit großen Plastikfolien gut zu schützen wußten: Nach Pfingsten klafften im Gitter der Atomfabrikanten an sechs Stellen meterhohe Löcher.

Die bei dem enormen Aufgebot der Militanten selten günstige Gelegenheit, Täter dingfest zu machen, blieb infolge der polizeilichen Unterbesetzung so gut wie ungenützt. Es waren die Polizisten, die sich mitunter in Sicherheit bringen mußten. Tatenlos mußten sie zusehen, wie die Gewalttäter sich am Zaun zu schaffen machten, und am Ende verbuchten sie nur 22 Festnahmen - ein mageres Resultat bei über tausend klassifizierbaren Gewalttätern.

Hinzu kam, daß viele Chaoten in dem "Pfingstcamp" der Kernkraftgegner am Brückensee unweit des WAA-Areals unterschlüpften und sich dort unter den Friedlichen quasi unauffindbar machten. Auch darauf war die Polizei nicht vorbereitet, obwohl eine anonyme "Initiativgruppe" in einem Aufruf "die während der Platzbesetzungen entstandenen Ansätze gemeinsamen Widerstandes von Oberpfälzern und auswärtigen AKW-Gegner/innen" beschworen und das "geschlossene Vorgehen von alten und jungen, von wählenden und radikalen WAA-Gegner/innen" angekündigt hatte.

Das Programm sah Musik und Diskussionen vor, aber "natürlich werden wir auch ansonsten nicht untätig bleiben" hieß es in einer Ankündigung der "Süddeutschen Autonomen" in "Radi Aktiv", dem bayerischen "Anti Atom Magazin", "denn es gibt da doch zu verlockende Möglichkeiten. ..." Wahrscheinlich ist, daß die Autonomen in dem Camp, das sich auf 500 Besucher eingestellt hatte, schließlich aber rund 4.000 Köpfe zählte, das Sagen bekamen.

Offenkundig diente das Zeltlager den Militanten sogar als "logistische Basis", wie das bayrische Innenministerium später erkannte. Als das Camp am Dienstag letzter Woche abgeräumt wurde, waren die Chaoten längst weg. Über Pfingsten aber hatten die Polizisten das Lager ungeschoren lassen müssen, sie waren mehr mit der Selbstverteidigung beschäftigt.

So überrascht zeigte sich die Ordnungsmacht von der Gewalteskalation, daß die Bayern die Innenministerien der anderen Bundesländer um "polizeiliche Hilfsmittel" baten. Gebraucht wurden Menschen und Material - bei Wackersdorf gingen das Wasser und das Tränengas aus.

Der Notruf führte zu politischen Komplikationen. Zwar schickten Hamburg, Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg anstandslos Wasserwerfer an die Wackersdorfer Front; Niedersachsen setzte außerdem zwei Hundertschaften der Bereitschaftspolizei in Marsch.

Doch im Saarland holten sich die Bayern zunächst einen Korb. Erst am Dienstag, als nur noch das Pfingstcamp geräumt werden mußte, aus dem sich die Autonomen längst verkrümelten hatten, offerierte der saarländische Innenminister Friedel Läßle zwei Wasserwerfer und eine Hundertschaft - obendrein mit der Maßgabe, daß seine Polizeibeamten keine Reizstoffe versprühen dürften. München lehnte dankend ab.

Den Einsatz von CN-Reizgas verweigerte auch das Wiesbadener Innenministerium. Doch mit der Entscheidung, zwei hessische Wasserwerfer nach Wackersdorf zu schicken, wurde gleich eine neue Lunte an das ohnehin gefährdete rot-grüne Bündnis gelegt: Die Grünen verlangen grundsätzlich ein Wasserwerfer-Verbot bei Demos, nachdem im September vergangenen Jahres in Frankfurt der Schlosser Günter Sare, 36, bei einem Polizeieinsatz anlässlich einer Anti-NPD-Demonstration von einem Wasserwerfer überrollt und getötet wurde - ein Zwischenfall, der in vielen Städten blutige Straßenschlachten zwischen Anarchos und Polizei auslöste.

Waffenhilfe aus West-Berlin schließlich scheiterte am DDR-Kontrollpunkt Drewitz. Die DDR-Behörden verweigerten einem Wasserwerfer des Typs Wawe 9 die Weiterfahrt ohne Angabe von Gründen. Den Vorgang will die Bundesregierung bei der nächsten Sitzung der deutsch-deutschen Transit-Kommission am 25. Juni monieren.

Als die Unterstützung aus den Bundesländern eintraf, gab es in Wackersdorf nichts mehr zu verhindern. Die Krawallos hatten die Szene bestimmt. Auf dem Höhepunkt der "Pfungstschlacht", wie die mehrtägigen, phasenweise bürgerkriegsähnlichen Kämpfe später allenthalben bezeichnet wurden, wußte sich die bayrische Polizei des Ansturms nur mehr mit Mitteln zu erwehren, die ihr den Vorwurf eintrugen, sie habe sich "schlicht von Rachegefühlen und der Lust auf Vergeltung leiten lassen" (so der örtliche SPD-Bundestagsabgeordnete und stellvertretende SPD-Landesvorsitzende Ludwig Stiegler).

Das geschah am Montagnachmittag als ein 30köpfiger, angeblich zur "Verkehrsregelung" ausgerückter Polizistentrupp mit zwei Fahrzeugen vorübergehend von Demonstranten eingeklemt war und attackiert zu werden drohte: Der Wackersdorfer Einsatzleiter Theo Hartmann gab Befehl, Tränengasgranaten aus einem tieffliegenden Großhubschrauber des Bundesgrenzschutzes abwerfen zu lassen.

Für die äußerst kritische Situation, in der nicht nur dem Reporter der "Frankfurter Rundschau" eine "große Katastrophe ganz nah erschien", gibt es unterschiedliche Versionen. Das bayrische Innenministerium berief sich auf eine "Luftaufklärung", die ergeben habe, daß die Beamtengruppe "mit Molotow-Cocktails beworfen" wurde und sich in "lebensbedrohlicher Gefahr" befand. Die geplante "Anlandung einer Verstärkung im Rücken der Störer" sei "nicht mehr möglich" gewesen.

Andere Augenzeugen berichten, das Gasbombardement aus dem BGS-Helikopter sei erfolgt, als die bedrängten Beamten, deren Fahrzeuge umgestürzt und in Brand gesetzt worden waren, sich schon längst wieder in Sicherheit befanden.

Fest steht, daß die Gasgranaten - in Styropor gehüllte Blechpatronen mit CN-Reizstoff - zu Dutzenden über einer Ansammlung von mindestens tausend Demonstranten abgeworfen wurden, in der sich nur eine geringe Anzahl von Chaoten befand.

Der Großhubschrauber tauchte so tief ab daß der Luftdruck der Rotorblätter Kinder und ältere Leute umwarf und daß Würstchenbuden und Bücherstände durcheinandergewirbelt wurden. Und der Granatenhagel, unter dem die Menschen panikartig auseinanderstoben, traf nebenbei auch einen Versorgungsplatz des Roten Kreuzes.

Der Effekt entsetzte am Boden denn auch manchen Polizisten. "Sind die denn verrückt geworden", entfuhr es einem, der sich vor den Gasschwaden davonmachte.

Bayerns Innenminister Karl Hillermeier rechtfertigt das Bombardement. Etwa nach dem Motto "Wer sich in Gefahr begibt, kommt darin um" argumentiert der Minister, auch friedliche Demonstranten, die sich in den Rückzugsbereich der Gewalttäter vorwagen, seien selber schuld, wenn sie - von welchen Maßnahmen auch immer - in Mitleidenschaft gezogen würden.

In Notwehrlagen, wie sie vom bayrischen Innenministerium der Situation der 30 Verkehrsregelungs-Beamten unterstellt werden, wäre nach Auffassung von Hillermeiers Polizeiabteilungsleiter Joachim Schweinoch sogar Schußwaffengebrauch angebracht gewesen - ein Hinweis darauf, daß demnächst bei Krawallen in Wackersdorf womöglich nicht nur mit Wasserwerfern scharf geschossen wird.

Schon kündigte Hillermeier letzte Woche auch an, Bayern werde notfalls im Alleingang neue Distanzwaffen wie die von Messerschmitt-Bölkow-Blohm entwickelten "Wirkwurfkörper" ins Arsenal aufnehmen. Auch hält es der Münchner Polizeiminister für angezeigt, daß der alte, bis 1970 gültige Straftatbestand des Landfriedensbruchs restauriert wird. Demnach würde sich künftig wieder jeder strafbar machen, der sich - mitgefangen, mitgehungen - auch nur in einer

Ansammlung aufhält, von der Gewalt ausgeht.

Unterstützung bekam die Münchner Vorwärtsstrategie von auswärtigen Strategen. Der Bonner Staatsminister Jürgen Möllemann (FDP) beispielsweise forderte. Probleme vom Wackersdorfer Format sollten künftig von der Anti-Terror-Truppe GSG 9 in Zusammenarbeit mit den mobilen Einsatzkommandos der Länder gelöst werden, während sich die gewöhnlichen Polizisten dann auf Personenkontrollen im Umkreis beschränken könnten.

Das Law-and-order-Geschrei wie die politischen Wertungen (Bayerns Strauß: "Kommunistische und anarchistische Gruppen, die nach typischen kommunistischen Bürgerkriegsmuster Reizthemen zur Aufhetzung der Massen suchten") konnten freilich nicht verdecken, daß der Pfingsteinsatz der bayrischen Ordnungsmacht ein Debakel war.

Bayerns Innenminister räumte selbst ein, daß man das nach Wackersdorf anrückende Gewaltpotential unterschätzt habe und von einer "bisher nicht gekannten kriminellen Energie" überrascht worden sei - trotz Tschernobyl und reichlichen Informationen verschiedener Verfassungsschutzämter.

Womöglich wurden die WAA-Verteidiger "Opfer der eigenen Überzeugungen", wie ein hoher norddeutscher Verfassungsschützer annimmt, der den Münchnern die fatale Devise zutraut: "Wir sind besser, wir sind tüchtiger, und Bayern sind sowieso anders."

Pfingsten in Wackersdorf - das bedeutete am Ende aber auch Komplikationen für die Antikernkraftbewegung. Einerseits durchkreuzte der brutale Auftritt der Militanten die friedlichen Überzeugungsbemühungen, die der großen Mehrheit der WAA-Gegner noch immer unterstellt werden dürfen. "Der Bevölkerung", sagt Wolfgang Daniels, ein Sprecher der Oberpfälzer Bürgerinitiativen, "kann kein Bürgerkrieg um diese Anlage zugemutet werden."

Zumindest sind am Pfingstwochenende Einheimische beobachtet worden, darunter Frauen und Männer im Rentenalter, die im Gelände die Militanten mit Steinen versorgten, von denen es am Bauzaun längst keine mehr gibt.<<

#### **06.06.1986**

**BRD:** Die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" veröffentlicht am 6. Juni 1986 folgende Rede des deutschen Historikers Ernst Nolte (1923-2016): >>**Die Vergangenheit, die nicht vergehen will**

Eine Rede, die geschrieben, aber nicht gehalten werden konnte / Von Ernst Nolte

Mit der "Vergangenheit, die nicht vergehen will", kann nur die nationalsozialistische Vergangenheit der Deutschen oder Deutschlands gemeint sein. Das Thema impliziert die These, daß normalerweise jede Vergangenheit vergeht und daß es sich bei diesem Nicht-Vergehen um etwas ganz Exzeptionelles handelt. Andererseits kann das normale Vergehen der Vergangenheit nicht als ein Verschwinden gefaßt werden. Das Zeitalter des Ersten Napoleon etwa wird in historischen Arbeiten immer wieder vergegenwärtigt und ebenso die Augusteische Klassik. Aber diese Vergangenheiten haben offenbar das Bedrängende verloren, das sie für die Zeitgenossen hatten. Eben deshalb können sie den Historikern überlassen werden.

Die nationalsozialistische Vergangenheit dagegen unterliegt - wie kürzlich noch Hermann Lübke hervorgehoben hat - anscheinend diesem Hinschwinden, diesem Entkräftigungsvorgang nicht, sondern sie scheint immer noch lebendiger und kraftvoller zu werden, aber nicht als Vorbild, sondern als Schreckbild, als eine Vergangenheit, die sich geradezu als Gegenwart etabliert oder die wie ein Richtschwert über der Gegenwart aufgehängt ist.

#### **Schwarz-Weiß-Bilder**

Dafür gibt es gute Gründe. Je eindeutiger sich die Bundesrepublik Deutschland und die westliche Gesellschaft überhaupt zur "Wohlstandsgesellschaft" entwickeln, um so befremdender wird das Bild des Dritten Reiches mit seiner Ideologie der kriegerischen Opferbereitschaft, der Maxime "Kanonen statt Butter", der bei Schulfesten im Chor herausgeschmeterten Eddazitate wie "Unser Tod wird ein Fest".

Alle Menschen sind heute Gesinnungspazifisten, aber sie können gleichwohl nicht aus sicherer Distanz auf den Bellizismus der Nationalsozialisten blicken, denn sie wissen, daß die beiden Supermächte Jahr für Jahr weitaus mehr für ihre Rüstung ausgeben, als Hitler von 1933 bis 1939 ausgegeben hatte, und so bleibt eine tiefe Unsicherheit, die den Feind lieber im Eindeutigen anklagt als in der Verwirrung der Gegenwart.

Ähnliches gilt für den Feminismus: Im Nationalsozialismus war der "Männlichkeitswahn" noch voll von provozierendem Selbstbewußtsein, und in der Gegenwart neigt er dazu, sich zu verleugnen und zu verstecken - der Nationalsozialismus ist also der gegenwärtige Feind in seiner letzten noch ganz unverkennbaren Erscheinungsform.

Der Anspruch Hitlers auf "Weltherrschaft" muß sich um so ungeheuerlicher ausnehmen, je unzweideutiger sich herausstellt, daß die Bundesrepublik in der Weltpolitik allenfalls die Rolle eines Staates von mittlerer Größenordnung spielen kann - "Harmlosigkeit" jedoch wird ihr gleichwohl nicht attestiert, und an vielen Stellen ist die Befürchtung noch lebendig, sie könne zwar nicht zur Ursache, aber doch zum Ausgangspunkt eines dritten Weltkriegs werden.

Mehr als alles andere trug indessen die Erinnerung an die "Endlösung" zum Nichtvergehen der Vergangenheit bei, denn die Ungeheuerlichkeit der fabrikmäßigen Vernichtung von mehreren Millionen Menschen mußte um so unfaßbarer werden, je mehr die Bundesrepublik Deutschland durch ihre Gesetzgebung sich der Vorhut unter den humanitären Staaten hinzugesellte. Aber Zweifel blieben eben auch hier, und zahlreiche Ausländer glaubten und glauben ebensowenig wie viele Deutsche an die Identität von "pays légal" und "pays réel".

Aber war es wirklich nur die Verstocktheit des "pays réel" der Stammtische, die diesem Nichtvergehen der Vergangenheit widerstrebte und einen "Schlußstrich" gezogen wissen wollte, damit die deutsche Vergangenheit sich nicht mehr grundsätzlich von anderen Vergangenheiten unterscheidet?

Steckt nicht in vielen der Argumente und Fragen ein Kern des Richtigen, die gleichsam eine Mauer gegen das Verlangen nach immer fortgehender "Auseinandersetzung" mit dem Nationalsozialismus aufrichten?

Ich führe einige dieser Argumente oder Fragen an, um dann einen Begriff desjenigen "Verfehlers" zu entwickeln, das nach meiner Auffassung das entscheidende ist, und diejenige "Auseinandersetzung" zu umreißen, die von einem "Schlußstrich" ebenso weit entfernt ist wie von der immer wieder beschworenen "Bewältigung".

Gerade diejenigen, die am meisten und mit dem negativsten Akzent von "Interessen" sprechen, lassen die Frage nicht zu, ob bei jenem Nichtvergehen der Vergangenheit auch Interessen im Spiel waren oder sind. Etwa die Interessen der Verfolgten und ihrer Nachfahren an einem permanenten Status des Herausgehoben- und Privilegiertseins.

Die Rede von der "Schuld der Deutschen" übersieht allzu geflissen die Ähnlichkeit mit der Rede von der "Schuld der Juden", die ein Hauptargument der Nationalsozialisten war. Alle Schuldvorwürfe gegen "die Deutschen", die von Deutschen kommen, sind unaufrichtig, da die Ankläger sich selbst oder die Gruppe, die sie vertreten, nicht einbeziehen und im Grunde bloß den alten Gegnern einen entscheidenden Schlag versetzen wollen.

Die der "Endlösung" gewidmete Aufmerksamkeit lenkt von wichtigen Tatbeständen der nationalsozialistischen Zeit ab wie etwa der Tötung "lebensunwerten Lebens" und der Behandlung der russischen Kriegsgefangenen, vor allem aber von entscheidenden Fragen der Gegenwart - etwa denjenigen des Seinscharakters von "ungeborenem Leben" oder des Vorliegens von "Völkermord" gestern in Vietnam und heute in Afghanistan.

Das Nebeneinander dieser zwei Argumentationsreihen, von denen die eine im Vordergrund steht, aber sich doch nicht vollständig durchsetzen konnte, hat zu einer Situation geführt, die man als paradox oder auch als grotesk bezeichnen kann.

Eine voreilige Äußerung eines Bundestagsabgeordneten zu gewissen Forderungen der Spre-

cher jüdischer Organisationen oder das Ausgleiten eines Kommunalpolitikers in eine Geschmacklosigkeit werden zu Symptomen von "Antisemitismus" aufgebauscht, als wäre jede Erinnerung an den genuinen (ursprünglichen) und keineswegs schon nationalsozialistischen Antisemitismus der Weimarer Zeit verschwunden, und um die gleiche Zeit läuft im Fernsehen der bewegende Dokumentarfilm "Shoah" eines jüdischen Regisseurs, der es in einigen Passagen wahrscheinlich macht, daß auch die SS-Mannschaften der Todeslager auf ihre Art Opfer sein mochten und daß es andererseits unter den polnischen Opfern des Nationalsozialismus virulenten Antisemitismus gab.

Zwar rief der Besuch des amerikanischen Präsidenten auf dem Soldatenfriedhof Bitburg eine sehr emotionale Diskussion hervor, aber die Furcht vor der Anklage der "Aufrechnung" und vor Vergleichen überhaupt ließ die einfache Frage nicht zu, was es bedeutet haben würde, wenn der damalige Bundeskanzler sich 1953 geweigert hätte, den Soldatenfriedhof von Arlington zu besuchen, und zwar mit der Begründung, dort seien auch Männer begraben, die an den Terrorangriffen gegen die deutsche Zivilbevölkerung teilgenommen hätten.

Für den Historiker ist eben dies die beklagenswerteste Folge des "Nichtvergehens" der Vergangenheit: daß die einfachsten Regeln, die für jede Vergangenheit gelten, außer Kraft gesetzt zu sein scheinen, nämlich daß jede Vergangenheit mehr und mehr in ihrer Komplexität erkennbar werden muß, daß der Zusammenhang immer besser sichtbar wird, in den sie verspannt war, daß die Schwarz-Weiß-Bilder der kämpfenden Zeitgenossen korrigiert werden, daß frühere Darstellungen einer Revision unterzogen werden.

Genau diese Regel aber erscheint in ihrer Anwendung auf das Dritte Reich "volkspädagogisch gefährlich": Könnte sie nicht zu einer Rechtfertigung Hitlers oder mindestens zu einer "Exkulpation der Deutschen" führen? Zieht dadurch nicht die Möglichkeit herauf, daß die Deutschen sich wieder mit dem Dritten Reich identifizieren, wie sie es ja in ihrer großen Mehrheit mindestens während der Jahre 1935 bis 1939 getan haben, und daß sie die Lektion nicht lernen, die ihnen von der Geschichte aufgetragen worden ist?

Darauf läßt sich in aller Kürze und apodiktisch antworten: Kein Deutscher kann Hitler rechtfertigen wollen, und wäre es nur wegen der Vernichtungsbefehle gegen das deutsche Volk vom März 1945. Daß die Deutschen aus der Geschichte Lehren ziehen, wird nicht durch die Historiker und Publizisten garantiert, sondern durch die vollständige Veränderung der Machtverhältnisse und durch die anschaulichen Konsequenzen von zwei großen Niederlagen. Falsche Lehren können sie freilich immer noch ziehen, aber dann nur auf einem Wege, der neuartig und jedenfalls "antifaschistisch" sein dürfte.

Es ist richtig, daß es an Bemühungen nicht gefehlt hat, über die Ebene der Polemik hinauszukommen und ein objektiveres Bild des Dritten Reiches und seines Führers zu zeichnen; es genügt, die Namen von Joachim Fest und Sebastian Haffner zu nennen. Beide haben aber in erster Linie den "innerdeutschen Aspekt" im Blick. Ich will im folgenden versuchen, anhand einiger Fragen und Schlüsselworte die Perspektive anzudeuten, in der diese Vergangenheit gesehen werden sollte, wenn ihr jene "Gleichbehandlung" widerfahren soll, die ein prinzipielles Postulat der Philosophie und der Geschichtswissenschaft ist, die aber nicht zu Gleichsetzungen führt, sondern gerade zur Herausstellung von Unterschieden.

### **Erhellende Schlüsselworte**

Max Erwin von Scheubner-Richter, der später einer der engsten Mitarbeiter Hitlers war und dann im November 1923 bei dem Marsch zur Feldherrenhalle von einer tödlichen Kugel getroffen wurde, war 1915 als deutscher Konsul in Erzerum tätig. Dort wurde er zum Augenzeugen jener Deportationen der armenischen Bevölkerung, die den Anfang des ersten großen Völkermordes des 20. Jahrhunderts darstellten. Er scheute keine Mühe, den türkischen Behörden entgegenzutreten, und sein Biograph schließt im Jahre 1938 die Schilderung der Vorgänge mit folgenden Sätzen:

"Aber was waren diese wenigen Menschen gegen den Vernichtungswillen der türkischen Pforte, die sich sogar den direktesten Mahnungen aus Berlin verschloß, gegen die wölfische Wildheit der losgelassenen Kurden, gegen die mit ungeheurer Schnelligkeit sich vollziehende Katastrophe, in der ein Volk Asiens mit dem anderen nach asiatischer Art, fern von europäischer Zivilisation, sich auseinandersetzte?"

Niemand weiß, was Scheubner-Richter getan oder unterlassen haben würde, wenn er anstelle von Alfred Rosenberg zum Minister für die besetzten Ostgebiete gemacht worden wäre. Aber es spricht sehr wenig dafür, daß zwischen ihm und Rosenberg und Himmler, ja sogar zwischen ihm und Hitler selbst ein grundlegender Unterschied bestand. Dann aber muß man fragen: Was konnte Männer, die einen Völkermord, mit dem sie in nahe Berührung kamen, als "asiatisch" empfanden, dazu veranlassen, selbst einen Völkermord von noch grauenvollere Natur zu initiieren? Es gibt erhellende Schlüsselworte. Eins davon ist das folgende:

Als Hitler am 1. Februar 1943 die Nachricht von der Kapitulation der 6. Armee in Stalingrad erhielt, sagte er in der Lagebesprechung gleich voraus, daß einige der gefangenen Offiziere in der sowjetischen Propaganda tätig werden würden: "Sie müssen sich vorstellen, er (ein solcher Offizier) kommt nach Moskau hinein, und stellen Sie sich den "Rattenkäfig" vor. Da unterschreibt er alles. Er wird Geständnisse machen, Aufrufe machen ..."

Die Kommentatoren geben die Erläuterung, mit "Rattenkäfig" sei die Lubjanka (Moskauer Zentralgefängnis des sowjetischen Geheimdienstes) gemeint. Ich halte das für falsch.

In George Orwells "1984" wird beschrieben, wie der Held Winston Smith durch die Geheimpolizei des "Großen Bruders" nach langen Folterungen endlich gezwungen wird, seine Verlobte zu verleugnen und damit auf seine Menschenwürde Verzicht zu tun. Man bringt einen Käfig vor seinen Kopf, in dem eine vor Hunger halb irrsinnig gewordene Ratte sitzt. Der Vernehmungsbeamte droht, den Verschuß zu öffnen, und da bricht Winston Smith zusammen. Diese Geschichte hat Orwell nicht erdichtet, sie findet sich an zahlreichen Stellen der antibolschewistischen Literatur über den russischen Bürgerkrieg, unter anderem bei dem als verlässlich geltenden Sozialisten Melgunow. Sie wird der "chinesischen Tscheka" zugeschrieben.

### **Archipel GULag und Auschwitz**

Es ist ein auffallender Mangel der Literatur über den Nationalsozialismus, daß sie nicht weiß oder nicht wahrhaben will, in welchem Ausmaß all dasjenige, was die Nationalsozialisten später taten, mit alleiniger Ausnahme des technischen Vorgangs der Vergasung, in einer umfangreichen Literatur der frühen zwanziger Jahre bereits beschrieben war: Massendeportationen und -erschießungen, Folterungen, Todeslager, Ausrottungen ganzer Gruppen nach bloß objektiven Kriterien, öffentliche Forderungen nach Vernichtung von Millionen schuldloser, aber als "feindlich" erachteter Menschen.

Es ist wahrscheinlich, daß viele dieser Berichte übertrieben waren. Es ist sicher, daß auch der "weiße Terror" fürchterliche Taten vollbrachte, obwohl es in seinem Rahmen keine Analogie zu der postulierten "Ausrottung der Bourgeoisie" geben konnte. Aber gleichwohl muß die folgende Frage als zulässig, ja unvermeidbar erscheinen:

Vollbrachten die Nationalsozialisten, vollbrachte Hitler eine "asiatische" Tat vielleicht nur deshalb, weil sie sich und ihresgleichen als potentielle oder wirkliche Opfer einer "asiatischen" Tat betrachteten?

War nicht der "Archipel GULag" ursprünglicher als "Auschwitz"?

War nicht der "Klassenmord" der Bolschewiki das logische und faktische Prius des "Rassenmords" der Nationalsozialisten?

Sind Hitlers geheimste Handlungen nicht gerade auch dadurch zu erklären, daß er den "Rattenkäfig" nicht vergessen hatte?

Rührte Auschwitz vielleicht in seinen Ursprüngen aus einer Vergangenheit her, die nicht vergehen wollte?

Man braucht das verschollene Büchlein von Melgunow nicht gelesen zu haben, um solche Fragen zu stellen. Aber man scheut sich, sie aufzuwerfen, und auch ich habe mich lange Zeit gescheut, sie zu stellen. Sie gelten als antikommunistische Kampftthesen oder als Produkte des kalten Krieges.

Sie passen auch nicht recht zur Fachwissenschaft, die immer engere Fragestellungen wählen muß. Aber sie beruhen auf schlichten Wahrheiten. Wahrheiten willentlich auszusparen, mag moralische Gründe haben, aber es verstößt gegen das Ethos der Wissenschaft.

Die Bedenken wären nur dann berechtigt, wenn man bei diesen Tatbeständen und Fragen stehenbliebe und sie nicht ihrerseits in einen größeren Zusammenhang stellte, nämlich in den Zusammenhang jener qualitativen Brüche in der europäischen Geschichte, die mit der industriellen Revolution beginnen und jeweils eine erregte Suche nach den "Schuldigen" oder doch nach den "Urhebern" einer als verhängnisvoll betrachteten Entwicklung auslösten. Erst in diesem Rahmen würde ganz deutlich werden, daß sich trotz aller Vergleichbarkeit die biologischen Vernichtungsaktionen des Nationalsozialismus qualitativ von der sozialen Vernichtung unterschieden, die der Bolschewismus vornahm.

Aber so wenig wie ein Mord, und gar ein Massenmord, durch einen anderen Mord "gerechtfertigt" werden kann, so gründlich führt doch eine Einstellung in die Irre, die nur auf den einen Mord und den einen Massenmord hinblickt und den anderen nicht zur Kenntnis nehmen will, obwohl ein kausaler Nexus wahrscheinlich ist.

Wer sich diese Geschichte nicht als Mythologem, sondern in ihren wesentlichen Zusammenhängen vor Augen stellt, der wird zu einer zentralen Folgerung getrieben: Wenn sie in all ihrer Dunkelheit und in all ihren Schrecknissen, aber auch in der verwirrenden Neuartigkeit, die man den Handelnden zugute halten muß, einen Sinn für die Nachfahren gehabt hat, dann muß er im Freiwerden von der Tyrannei des kollektivistischen Denkens bestehen.

Das sollte zugleich die entschiedene Hinwendung zu allen Regeln einer freiheitlichen Ordnung bedeuten, einer Ordnung, welche die Kritik zuläßt und ermutigt, soweit sie sich auf Handlungen, Denkweisen und Traditionen bezieht, also auch auf Regierungen und Organisationen aller Art, die aber die Kritik an Gegebenheiten mit dem Stigma des Unzulässigen versehen muß, von denen die Individuen sich nicht oder nur unter größten Anstrengungen lösen können, als die Kritik an "den" Juden, "den" Russen, "den" Deutschen oder "den" Kleinbürgern. Sofern die Auseinandersetzungen mit dem Nationalsozialismus gerade von diesem kollektivistischen Denken geprägt ist, sollte endlich ein Schlußstrich gezogen werden.

Es ist nicht zu leugnen, daß dann Gedankenlosigkeit und Selbstzufriedenheit um sich greifen könnten. Aber das muß nicht so sein, und Wahrheit darf jedenfalls nicht von Nützlichkeit abhängig gemacht werden. Eine umfassende Auseinandersetzung, die vor allem im Nachdenken über die Geschichte der letzten zwei Jahrhunderte bestehen müßte, würde die Vergangenheit, von der im Thema die Rede ist, zwar ebenso zum "Vergehen" bringen, wie es jeder Vergangenheit zukommt, aber sie würde sie sich gerade dadurch zu eigen machen.<<

#### **08.06.1986**

**Ost-Berlin:** Bei den Ost-Berliner Volkskammerwahlen entscheiden sich 99,94 % der Wähler am 8. Juni 1986 für die SED-Einheitsliste.

#### **05.08.1986**

**DDR:** Das SED-Ministerium für Post- und Fernmeldewesen gibt am 5. August 1986 zum 25. Jahrestag des Mauerbaues eine Sonderbriefmarke heraus.

Die deutsche Bundespost kündigt daraufhin an, Briefe mit diesen Briefmarken nicht zu befördern.

#### **01.09.1986**

**BRD:** Das Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" (36/1986) berichtet am 1. September 1986 über das Buch "Zweierlei Untergang. Die Zerschlagung des Deutschen Reiches und das Ende des

europäischen Judentums" des deutschen Historikers Andreas Hillgruber (1925-1989: >>Vergangenheit, die nicht vergehen will

Die "deutsche Vergangenheit" soll sich nicht länger "grundsätzlich von anderen Vergangenheiten" unterscheiden. Auch jene Vergangenheit nicht, die "wie ein Richtschwert über der Gegenwart aufgehängt ist" und "immer noch lebendiger und kraftvoller" zu werden droht.

Eigentlich wollte Ernst Nolte, ein bedeutender Faschismusforscher, der einen Namen zu verlieren hat, diese fromme Gleichung - daß polnische, französische, englische, amerikanische, vor allem aber russische Vergangenheit sich nicht grundsätzlich von der Nazi-Zeit unterscheidet - im Juni 1986 bei den Frankfurter Römerberggesprächen über "Politische Kultur - heute?" vortragen. Als es dazu nicht kam, verbreitete er sie in der "FAZ" (vom 6. Juni 1986).

Nolte rügt, daß so mancher, der über den Nationalsozialismus redet und schreibt, nicht wisse oder nicht wahrhaben wolle, daß das, was die Nazis taten, andere schon vorher getan hätten - "mit alleiniger Ausnahme des technischen Vorgangs der Vergasung".

Nachdrücklich betont der Historiker, daß darüber - über "Massendeportationen und Massenerschießungen, Folterungen, Todeslager, Ausrottungen ganzer Gruppen nach bloß objektiven Kriterien" - vor Hitler und Himmler reichlich nachzulesen ist.

Seine Absicht ist unverkennbar: Das Unvergleichbare soll vergleichbar scheinen - damit die Vergangenheit (sich) verzieht. Aufrechnung nennt man das, nachkriegsdeutsch: der stalinistische Archipel Gulag gegen das nationalsozialistische Auschwitz beispielsweise. Noltes, wie er meint, "zulässige, ja unvermeidbare" Frage lautet: "War nicht der "Archipel Gulag" ursprünglicher als Auschwitz"; "rührte Auschwitz vielleicht in seinen Ursprüngen aus einer Vergangenheit her, die nicht vergehen wollte"?

Wie Nolte darauf antwortet, ahnt jedermann. Er treibt die aberwitzige Analogie bis zur perfiden Apologie: "Vollbrachten die Nationalsozialisten, vollbrachte Hitler eine "asiatische" Tat vielleicht nur deshalb, weil sie sich und ihresgleichen als potentielle oder wirkliche Opfer einer "asiatischen" Tat betrachteten?" Auschwitz aus Angst vor Gulag.

An anderer Stelle, in seinem Aufsatz "Zwischen Mythos und Revisionismus", schreibt Nolte lässig von der "sogenannten Vernichtung der Juden während des Dritten Reiches". Sie sei, beschwichtigt der Historiker, der augenscheinlich in revisionistisches Fahrwasser geraten ist, eine "Reaktion oder eine verzerrte Kopie, aber nicht ein erstmaliger Vorgang oder ein Original".

Der ebenfalls tonangebende Kollege Klaus Hildebrand, Bonn, lobt den Autor, der es verstanden habe, das "scheinbar Einzigartige" "historisierend einzuordnen", den "totalitären Tatbestand in dem aufeinander bezogenen Zusammenhang russischer und deutscher Geschichte zu begreifen", also zu relativieren. Die Laudatio erschien in der "Historischen Zeitschrift", dem Renommierorgan der Zunft.

Völkermord, Massenaustreibung, Folter et cetera sind durchaus geschichtsnotorisch, in der fernen und nahen Vergangenheit, wer wüßte das nicht. Aber die barbarischen, programmatisch geplanten, administrativ und industriell vollstreckten Ausrottungsexzesse einer hochzivilisierten Kulturnation sind gleichwohl einzigartig. Aber daran muß man sich nicht klammern. Denn wären die NS-Exzesse wirklich nur scheinbar einzigartig, die Geschichte des Dritten Reiches müßte auch dann nicht umgeschrieben werden.

Um relativierende Zusammenschau geht es auch dem Dritten im Bunde. Andreas Hillgruber, Köln, der bisher mit nüchternen Analysen über Hitlers Politik und Kriegsführung aufgewartet hat; was dabei herauskommt, ist patriotische Klitterei.

In seinem schmalen Bändchen "Zweierlei Untergang. Die Zerschlagung des Deutschen Reiches und das Ende des europäischen Judentums" bewältigt auch er unvergängliche Vergangenheit "im Zusammenhang russischer und deutscher Geschichte".

Die "Racheorgien der Roten Armee", die "Massenvergewaltigungen", die "willkürlichen Mor-

de" der Sowjets sollen die großdeutschen Untaten in milderes Licht tauchen.

Auf (den) Holocaust kommt Hillgruber in seiner Studie nur am Rande zu sprechen, ausdrücklich überhaupt nicht. Ihm widmet er einen mehr referierenden 22-Seiten-Exkurs, ein Anhang, der wohl sein mußte. Vielleicht soll "zweierlei Untergang" aber auch zweierlei Geschichte besagen.

"Der in der Rhetorik von Kriegsheftchen beschworenen "Zerschlagung des Deutschen Reiches", merkte Philosophie-Professor Jürgen Habermas dazu an, "steht das nüchtern registrierte Ende des europäischem Judentums gegenüber." Die "Zerschlagung" verlangt einen aggressiven Gegner, ein "Ende" stellt sich gleichsam von selber ein.

Neu ist Hillgrubers Behauptung, Hitler habe es mit der Endlösung gar nicht so leicht gehabt, denn: "Mit diesem radikalen Ernstnehmen hob sich Hitler ... auch von den Vorstellungen der NS-Führungselite" ab; "Göring, Himmler und Heydrich" eingeschlossen.

Wenigstens wundert sich Hillgruber auf konventionelle Weise, wie dann alles wie geschmiert über die KZ-Rampen gehen konnte. Insbesondere der "hohe Anteil von Akademikern" unter den NS-Tätern - einschließlich des "humanistisch gebildeten, hochqualifizierten Arztes Dr. phil. Dr. med. Josef Mengele" (Hillgruber) - macht ihm, standesgemäß, zu schaffen. Die dahintersteckende Erkenntnis, daß gerade die Eliten vorneweg und scharenweise zu Hitler überliefen, hält er zurück.

Hillgrubers Herzenssache ist das "Geschehen, das das Deutsche Reich und damit die europäische Mitte an ihr Ende bringen sollte", martialisch, die "Winterkatastrophe 1944/45", das "Überrollen des deutschen Ostens", die "Überflutung der Heimat durch die Rote Armee". Die "Komplexität" dieses Geschehens, das er selber auf den Zusammenbruch der Ostfront verkürzt, sei auf "unzulässige Weise ausschließlich - fast monokausal - als sachlogische Konsequenz der hybriden Ziele der Hitlerschen Expansionspolitik und ihrer rassenideologischen Grundlagen interpretiert". Als stimmte das nicht.

In der Zusammenschau vermißt Hillgruber die "davon unabhängigen Ziele der östlichen und westlichen Gegenmächte", insbesondere Hinweise auf deren Teilungs- und Vertreibungspläne, doch die sind von der Geschichtsschreibung keineswegs übergangen worden. Hermann Graml vom Institut für Zeitgeschichte beispielsweise führt in seinem Buch über "Die Alliierten und die Teilung Deutschlands", erschienen 1985, zu diesem Thema über 100 einschlägige Titel an. Unverzichtbar ist Hillgruber auch der Hinweis, daß die alliierten Kriegsziele feststanden, lange bevor die Grausamkeiten in Auschwitz und anderen Konzentrationslagern bekanntgeworden seien.

Er verschweigt, daß die zunächst vagen Kriegsziele der Alliierten keinerlei Einfluß auf Hitlers Eroberungskrieg, auf die Kriegs- und NS-Verbrechen gehabt haben; äußerstenfalls hat die Forderung nach bedingungsloser Kapitulation die Durchhaltegenerale noch angestachelt. Er will auch nicht wahrhaben, daß es aus alliierter Sicht genügend einleuchtende Gründe gegeben hat, das Dritte Reich zu zerschlagen.

Sinnstiftend (eine neokonservative Historikervokabel) verklärt der Kölner Geschichtslehrer den "verzweifelten Abwehrkampf um die Bewahrung der Eigenständigkeit der Großmachtstellung des Deutschen Reiches, das nach dem Willen der Alliierten zertrümmert werden sollte", zu patriotischer Notwehr. Er bewundert das "schützende militärische Bollwerk" im deutschen Osten, würdigt die "verantwortungsethische Position der Befehlshaber, Landräte und Bürgermeister", auch jene "Hoheitsträger der NSDAP", die sich in der Not "bewährten", und die belgischen, holländischen, skandinavischen SS-Kontingente, in deren Fronteinsatz sich angeblich die "europäische Konzeption der SS" spiegelte.

Identifizierung hält Hillgruber überhaupt für ein "Schlüsselproblem, dem der Historiker nicht mit allgemeinen Hinweisen auf das Objektivitätsideal ausweichen" dürfe. Warum, sagt er nicht, und das ist, wenn von einem freien Wissenschaftsbetrieb auszugehen ist, auch nicht

ohne weiteres ersichtlich.

Womit, mit wem identifiziert sich Hillgruber, der ja den Auftrag des Historikers zurückweist, möglichst die Dinge über den Dingen stehend zu bewerten? Das macht er zunächst, bevor er sich tapfer bekennt, an Positionen deutlich, die er nicht teilt - etwa an Norbert Blüms provozierender Überlegung, die der CDU-Politiker in der Kontroverse um den einstigen NS-Kriegsrichter und damaligen Ministerpräsidenten Hans Filbinger ("Was damals Rechtsens war, das kann heute nicht Unrecht sein") angestellt hatte. "Ob einer", schrieb Blüm 1978 im SPIEGEL, "im KZ Hitler gedient hat oder an der Front, macht in meinen Augen nur einen graduellen Unterschied aus. Das KZ stand schließlich nur so lange, wie die Front hielt."

Diese These, so Hillgruber, lasse nur die "Schlußfolgerung zu, daß es wünschenswert gewesen wäre, die Fronten ... möglichst einstürzen zu lassen". Schlußfolgerung aus der Schlußfolgerung: Das ginge Hillgruber zu weit.

Auch mit der Widerstandsgruppe um Stauffenberg mag er sich nicht identifizieren: "Jetzt, im Angesicht der Katastrophe... sollte geputzt werden?" Bloß nicht. Da hätte es ein "heilloses Durcheinander in der deutschen Führung" gegeben, und dieses "Debakel" hätten die Sowjets nur "zu noch schnellerer Kriegsentscheidung" genutzt.

Warum nicht lieber heute als morgen Schluß, wo doch, wie Hillgruber selbst zugibt, schon alles verloren war? Dem Patrioten Hillgruber "bleibt nur eine Position" - er muß sich "mit dem konkreten Schicksal der deutschen Bevölkerung im Osten und mit den verzweifelten und opferreichen Anstrengungen des deutschen Ostheeres und der deutschen Marine im Ostseebereich identifizieren, die die Bevölkerung des deutschen Ostens vor den Racheorgien der Roten Armee zu bewahren suchten. So komplex ist das Geschehen.

Habermas nennt Hillgrubers Buch einen "Skandal". In der "Zeit" notierte er scharfsinnig die "Selbstbeobachtung eines Patienten, der sich einer revisionistischen Operation seines Geschichtsbewußtseins unterzieht", was eine scharfzüngige Replik aus dem Lager der Revisionisten auslöste.

Hildebrand, der sich schon Noltes "wegweisende" Thesen von der Vergleichbarkeit des Unvergleichbaren zu eigen gemacht hatte, nannte Habermas' "Selbstbeobachtung" ein "trübes Gebräu aus Politik und Wissenschaft", aus Vorurteilen und Tatsachen". Gereizt verwahrt er sich dagegen, "mit den Füßen im Zement irgendeines Geschichtsbildes" zu stehen, sich "Frageverbote auferlegen" zu sollen, "die es untersagen, nach Parallelen zwischen der Vernichtungsqualität des Kommunismus und des Nationalsozialismus zu fragen beziehungsweise den Vorbildern und Spuren des "Judenmordes" in der Geschichte nachzugehen".

Gut geheuchelt. Denn niemand verhängt oder akzeptiert "Frageverbote", einschlägige Fragen sind längst gestellt, niemand wehrt sich gegen historische Parallelen. Anstoß und den Verdacht, hier werde geklittert, erregen Fragen und Parallelen zu dem Zweck, die Vergangenheit auf patriotische Weise zu bewältigen, Auschwitz mit Gulag zu erklären oder sogar zu begründen, unter den störenden Schuldgefühlen endlich einen Schlußstrich zu ziehen.

Hildebrand ist einer der Gutachter für das von Helmut Kohl geforderte Bonner "Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland", das nach dem Willen des Kanzlers den Westdeutschen richtiges Geschichtsbewußtsein und nationale Identität vermitteln soll, Hillgruber einer der Berater. Sind ihre Konstrukte Vorboten oder schon Ausläufer konservativer Tendenzweise?

Sinnverwandtschaft besteht jedenfalls mit dem konservativen Vordenker Michael Stürmer, der gelegentlich auch Reden verfaßt, die der Kanzler bei feierlichen Anlässen verliest. Der Erlanger Historiker befindet sich "auf der Suche nach der verlorenen Geschichte". Zu einem bestimmten Zweck.

"Sinnstiftung" lautet der wissenschaftsfremde Auftrag, den er sich und seiner Zunft verschreibt. "Höhere Sinnstiftung" sogar, die, wie er meint, "nach der Religion bisher allein Nati-

on und Patriotismus zu leisten imstande waren".

"Sinnstiftung" wozu ist klar: "In der Wirklichkeit des geteilten Deutschlands müssen die Deutschen ihre nationale Identität finden." Wie nachgeholfen werden soll, deuten Stürmer Hildebrand, Hillgruber und Nolte an - "historisierend".

Die vermaledeite Vergangenheit, die "nicht vergehen" und ein heiles Geschichtsbewußtsein nicht aufkommen lassen will, wird relativiert. Warum Sinnstiftung staatstragend ist, hat Stürmer unverblümt gesagt:

"Die Zukunft wird nur der gewinnen, der die Erinnerung füllt, die Begriffe prägt und die Vergangenheit deutet."<<

### **10.09.1986**

**BRD:** Der ehemalige Bundeskanzler Helmut Schmidt (1918-2015, deutscher Bundeskanzler von 1974-82, herausragender Politiker der deutschen Sozialdemokratie) erinnert am 10. September 1986 während seiner Abschiedsrede als Bundestagsabgeordneter an die NS-Diktatur und den Zweiten Weltkrieg (x075/121): >>Als der Krieg zu Ende war, ist es mir gegangen wie Millionen deutschen Soldaten auch. Wir haben mit großer Erleichterung gesagt: Gott sei Dank, es ist vorbei!

Im Kriege hatten wir Millionen ... Soldaten uns zuallermeist in einem schizophrenen Zustand befunden. Tagsüber haben wir gekämpft, teils weil wir das für unsere Pflicht hielten, teils um unser eigenes Leben zu bewahren, teils um nicht in Kriegsgefangenschaft zu fallen; aber des Nachts wünschten wir uns sehnlich das Ende des Krieges und der Nazidiktatur herbei - schizophren!

Wir waren ja damals jung, ganz jung ... Ich habe erst im Kriegsgefangenenlager in Belgien den Beginn einer geistigen Freiheit erlebt, die ich bis dahin nicht gekannt hatte. Ich war seit 1937 Wehrpflichtsoldat gewesen. Aber als die erste deutsche Demokratie 1933 völlig zerschlagen war, war ich gerade 14 Jahre alt geworden.

Woher sollte diese Generation später erfahren, was eine Demokratie sein kann? Ein sehr viel älterer kriegsgefangener Soldat, Hans Bohnenkamp hieß er, ein religiöser Sozialist, dazu ein Pädagoge von großer persönlicher Ausstrahlung, hat im Kriegsgefangenenlager meine Erziehung zum bewußten Demokraten und Sozialdemokraten eingeleitet. ...<<

### **31.10.1986**

**BRD:** In ihrer Stellungnahme zur Frage der Entschädigung für NS-Zwangsarbeiter vertritt die Bundesregierung am 31. Oktober 1986 nach wie vor den Standpunkt, daß es hier um zurückgestellte Reparationsforderungen nach dem Londoner Schuldenabkommen vom 27.02.1953 geht (x151/55): >>Bei Forderungen nach Entschädigung von Zwangsarbeit handelt es sich um Reparationsforderungen in Zusammenhang mit dem Zweiten Weltkrieg. ...<<

### **10.12.1986**

**Norwegen:** Elie Wiesel erinnert bei der Verleihung des Friedensnobelpreises am 10. Dezember 1986 in Oslo daran, daß man aktiv für die Menschenrechte eintreten muß (x075/269):

>>Ich habe gegen das Vergessen und die Lüge gekämpft: Denn wenn wir vergessen, dann sind wir Komplizen. ... Ich habe geschworen, niemals zu schweigen, wenn Menschen verfolgt und erniedrigt werden. ... Wir dachten es würde genügen, von der Flutwelle des Hasses zu erzählen, die über das jüdische Volk hereingebrochen war, und die Menschen überall würden entscheiden, daß ein für allemal ein Ende sei mit dem Haß – ein Ende mit dem Haß gegen die Juden, gegen die Araber, gegen die Asiaten, gegen die Immigranten, gegen die Fremden, gegen die andern, mit dem Haß gegen den andern. ...<<

### **1986**

**BRD:** Der deutsche Völkerrechtler und Jurist Otto Kimminich (1932-1997) schreibt im Jahre 1986 über die öffentliche Diffamierung der Sudetendeutschen (x024/326-327): >>Die Wahrheit des Mottos "Gerechtigkeit schafft Frieden" kann sich nur entgegnen, wer das Völ-

kerrecht überhaupt leugnet oder sich ihm widersetzt. Die Sudetendeutschen haben weder das eine noch das andere jemals getan.

Ihr Bekenntnis zu dem im geltenden Völkerrecht enthaltenen Gewaltverbot ist anlässlich des 35. Jahrestages der Stuttgarter Charta der Heimatvertriebenen rühmend hervorgehoben worden. Es wäre absurd, daraus einen Rechtsverzicht ableiten zu wollen.

Die Hoffnung auf einen dauerhaften Weltfrieden beruht doch gerade darauf, daß das Völkerrecht die friedliche, gewaltlose Lösung von Rechtsproblemen ermöglicht. Wer das bezweifelt, negiert Recht und Frieden in einem Atemzug.

Wenn diejenigen, die Unrecht getan haben, Angst vor jeder Berufung auf das Recht haben, so ist das durchaus verständlich. Ob ihnen die Angst durch den beharrliche Hinweis auf die mit der Friedensfunktion des Rechtes verbundene Bereitschaft zum Ausgleich und zur Verständigung genommen werden kann, muß immer wieder geprüft werden.

Unverständlich aber ist es, wenn das Vertrauen auf die friedensschaffende Kraft der Gerechtigkeit als hinterhältig, rückwärtsgewandt oder gar revanchistisch gebrandmarkt wird. Es gehört viel Seelenstärke dazu, solche Verteufelungen zu ertragen. ...<<

Aufgrund der von den Ausgleichsämtern erteilten Bescheide werden bis Ende 1986 folgende Entschädigungsleistungen an die reichs- und volksdeutschen Vertriebenen gezahlt (x088/23):

<b>Entschädigungsleistungen des Lastenausgleichsfonds bis Ende 1986</b>	<b>DM (Mio.)</b>
Hauptentschädigung	23.055
Hausratentschädigung	5.392
Auf DM umgestellte Sparguthaben	1.114
Entschädigungsleistungen für Vermögensverluste	29.561
Kriegsschadenrente an Erwerbsunfähige	36.523
Ausbildungsbeihilfe an vertriebene Kinder	802
Entschädigungsleistungen für soziale Ausgleichszwecke	37.325
Gesamtsumme der Entschädigungsleistungen	<b>66.886</b>

Für die wirtschaftliche und soziale Eingliederung der Vertriebenen zahlen der Bund und die Länder bis Ende 1986 außerdem 35.500 Millionen DM (x088/25).

Dr. Schäfer (ehemaliger Präsident des Bundesausgleichsamtes) erläutert die rechtliche Definition und wirtschaftliche Beschreibung der "Entschädigung für Vertreibungsschäden wie folgt (x088/22-23): >>Die Entschädigungsleistungen im Lastenausgleich dienen der Abgeltung der Vermögensschäden einschließlich der Hausratschäden. Sie sind rechtlich und wirtschaftlich weder Enteignungsentschädigung im Sinne von Artikel 14 GG noch Verkehrsentschädigung. Andererseits sind sie auch nicht etwa reine Eingliederungsleistungen, gehobene Sozialleistungen oder gar Nutzungsentschädigung.

Sie sind vom Bundesgesetzgeber ohne rechtliche Verbindungen und damit ohne rechtliche Verpflichtung frei gestaltete "angemessene" Entschädigungen von Substanzwerten (Wirtschaftsgütern) und damit echte Vermögensentschädigung. ...

Aufgrund der Vorgeschichte und besonderen Rechtsnatur der Entschädigung im Lastenausgleich, die auch durch die weitere Entwicklung im Bereich der internationalen Verträge nicht durch Bindungen verändert wurde, konnte sie der Bundesgesetzgeber unter den ausdrücklichen Vorbehalt der Präambel zum Lastenausgleich stellen und es bis heute dabei belassen, daß die Gewährung und Annahme der Leistungen keinen Verzicht auf die Geltendmachung von Ansprüchen auf Rückgabe des von den Vertriebenen zurückgelassenen Vermögens (oder auf Ersatzleistung) bedeutet. ...<<

In den Geschichtsbüchern, die für den Gebrauch in Schulen der Bundesrepublik Deutschland genehmigt werden, reduziert man die Berichte über die Flucht und Vertreibung der Deutschen in Ost-Mitteleuropa von Jahr zu Jahr, da sie angeblich nicht mehr dem aktuellen Zeitgeist ent-

sprechen.

Im Jahre 1986 berichtet man z.B. wie folgt über die Flucht und Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa (x073/214,218, x149/108): >>Die Siegermächte vereinbarten ferner (im Verlauf der Potsdamer Konferenz), daß die deutsche Bevölkerung, die in Polen, Tschechoslowakei und Ungarn zurückgeblieben war, nach Deutschland übersiedeln sollte. Man war sich einig, daß "diese Überführung" auf eine geregelte und menschliche Weise erfolgen sollte. Die Vertreibung der Deutschen war jedoch bereits während der Potsdamer Konferenz im Gange.

Viele waren schon vor "den Russen" geflohen. Manche Flüchtlingstrecks, besonders solche aus Ost- und Westpreußen, waren von sowjetischen Panzern überrollt worden. Die "Umsiedlung" war oft von schrecklichen Ereignissen begleitet. Es gab Morde und Vergewaltigungen und andere Verbrechen. Hunderttausende wurden von den Sowjets in die UdSSR verschleppt. Was Deutsche unter nationalsozialistischer Führung anderen Völkern zugefügt hatten, erlitten bei Kriegsende und nach der Kapitulation viele Deutsche, die im Machtbereich der vorher unterdrückten Völker lebten.

... Insgesamt sind über 14 Millionen Menschen aus deutschen Provinzen oder deutschen Siedlungsgebieten in Ost- und Südosteuropa geflohen oder vertrieben worden; über 2 Millionen sind dabei umgekommen. ...<<

>>In einer deutsch-polnischen Schulbuchempfehlung über die Vertreibung der Deutschen heißt es: Der größte Teil der in den Oder-Neiße-Gebieten verbliebenen deutschen Bevölkerung wurde in den Jahren 1945 bis 1947 ausgewiesen bzw. im Rahmen des interalliierten Transferabkommens zwangsumgesiedelt. ...

In den von der deutschen Bevölkerung geräumten Gebieten wurde systematisch eine inzwischen dort ansässig gewordene polnische Bevölkerung angesiedelt. ...<<

>>... Am Ende des Krieges und über das Kriegsende hinaus schlugen Gewalt und Verbrechen auf die deutsche Bevölkerung zurück. Im Osten übten die jahrelang gepeinigten und ausgebeuteten Völker Rache an den Deutschen.

Nachdem Millionen von Deutschen unter großen Verlusten durch Evakuierung und vor allem durch Flucht vor der Roten Armee ihre Heimat verloren hatten, begann im Osten - auf Beschluß und mit Billigung der alliierten Regierungen - die Vertreibung der deutschen Bevölkerung.<<

**1987**

Ich lege hier für den Fall meines Todes das Bekenntnis ab, daß ich die deutsche Nation wegen ihrer überschwenglichen Dummheit verachte und mich schäme, ihr anzugehören.
--

<i>Arthur Schopenhauer (1788-1860, deutscher Philosoph)</i>
---

**08.01.1987**

**BRD:** Der deutsche Historiker Michael Wolffsohn schreibt am 8. Januar 1987 in der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" über die unterschiedlichen Formen und Anwendungen des Rassismus (x268/82,88-89): >>... Der Antigermanismus (stellt) letztlich, ebenso wie der Antisemitismus, eine politische Abart der Biologie (dar). Dieser politische Biologismus ordnet Menschen aufgrund ihrer geburtsbedingten nationalen und religiösen Herkunft, nicht aufgrund ihrer Eigenschaften oder Verhaltensweisen, den Mächten des Lichts oder den Mächten des Dunkels zu – ein für allemal. Er ist damit radikal gegen die Traditionen der Aufklärung gerichtet, die für den Einzelmenschen die Fesseln der Geburt sprengen wollte. ...<<

>>... Das Instrument des Antigermanismus ist ebenso wirksam wie das des Antijudaismus, der sich ebenfalls von seinem Objekt verselbständigt hat. Der Antijudaismus hat mit dem realen Juden, wenn überhaupt, nur sehr wenig gemein. Der Antigermanismus zeichnet, verzeichnet und überzeichnet das heutige Deutschland, ebenso wie einst der Jude nur als Fratze dargestellt

wurde. Seit Jahrtausenden leben die Juden mit dem Antijudaismus, die Deutschen werden sich wohl oder übel, an die Allgegenwart des Antigermanismus gewöhnen müssen. ...<<

**25.01.1987**

**BRD:** Während der 11. Bundestagswahl erhalten die Parteien am 25. Januar 1987 folgende Wählerstimmen (x089/82): >>CDU/CSU = 44,3 %, SPD = 37,0 %, FDP = 9,1 %, Die Grünen = 8,3 %, Sonstige = 1,3 %.<<

**Januar 1987**

**BRD:** Das Bundesgesundheitsministerium fordert im Januar 1987 in zahlreichen Zeitungsanzeigen zum Kampf gegen die AIDS-Ausbreitung auf.

Die katholische Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 4 – 1988 berichtet später über die Bekämpfung der AIDS-Ausbreitung und über eine Erklärung des Ständigen Rates der Deutschen Bischofskonferenz, dem die 22 Diözesanbischöfe der Bundesrepublik angehören (x853/...): >>... Im Januar 1987 setzt die Bundesministerin für Familie, Gesundheit und Soziales, Rita Süßmuth, eine großangelegte Werbung für Kondome zur Bekämpfung der AIDS-Ausbreitung in Gang. Durch Zeitungsanzeigen des Bundesgesundheitsministeriums läßt sie wissen:

"Vertrauen ist gut, Kondome sind besser. An AIDS zu sterben, ist entsetzlich - Kondome sind unersetzlich. Kondome schützen."

Frau Süßmuth rechtfertigt die Kondomwerbung zunächst damit, daß sie allein für Menschen mit promiskuitivem (freizügigem) Sexualleben gedacht sei, denen man mit Moral nicht kommen könne, doch einige Tage später überlegt sie bereits, Kondome auch zwölf- bis sechzehnjährigen Kindern in der Schule "verfügbar zu machen". ...<<

>>... Wir können jedoch die von der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung im Auftrag des Bundesministeriums für Gesundheit gestartete AIDS-Anzeigenaktion nicht unwidersprochen hinnehmen.

Dort wird zur Verhütung der AIDS-Ansteckung vorgeschlagen, beim Intimverkehr mit unbekanntem oder wechselnden Partnern Kondome zu benutzen. Auf diese Weise läßt sich die AIDS-Gefahr nicht bannen. Das Problem liegt tiefer. ... Ehehliche Treue und auch sexuelle Enthaltbarkeit sind die geeigneten und menschenwürdigen Wege, um die Ausbreitung dieser Krankheit zu vermeiden. ...<<

**05.02.1987**

**DDR:** Markus Wolf (1923-2006), seit mehr als 30 Jahren Geheimdienstchef der DDR, erklärt am 5. Februar 1987, daß er im November 1987 aus dem Staatssicherheitsdienst ausscheiden wird.

Wolf gibt sich später in seinem Buch "Troika" als Befürworter der Reformpolitik Gorbatschows zu erkennen. Sein Ex-Chef Erich Mielke läßt ihn deshalb überwachen.

**23.02.1987**

**BRD:** Kardinal Joseph Höffner (1906-1987, katholischer Theologe, seit 1976 Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz) gibt am 23. Februar 1987 die Broschüre "AIDS - vier Aussagen des Erzbischofs von Köln, Kardinal Joseph Höffner -" heraus.

Die katholische Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 4 – 1988 berichtet später über diese Broschüre des Kardinals Joseph Höffner (x853/...): >>... (Der Kardinal sagt:)

"Als die deutschen Bischöfe am 26.1.1987 darauf hinwiesen, daß der Geschlechtsverkehr mit unbekanntem oder wechselnden Partnern menschenunwürdig ist und daß 'eheliche Treue und sexuelle Enthaltbarkeit' die richtigen Wege sind, sich vor der AIDS-Krankheit zu bewahren, erhob sich in den Massenmedien ein lautes Geschrei:

... 'Die Bischöfe maßen sich an, die überholte katholische Sexualmoral für alle verbindlich zu machen.' Ich entgegne, daß es eine sittliche Ordnung im Bereich des Geschlechtlichen gibt, die zum 'Richtigsein des Menschen', nicht nur des Christen gehört.

Es ist die Pflicht des Staates, der Ausbreitung der AIDS-Krankheit - in Anerkennung der sittlichen Ordnung - entgegenzuwirken."

"Man hat gesagt, man wolle durch Anzeigen und Plakate Verhaltensänderungen erreichen, wobei darunter der Gebrauch von Kondomen verstanden wird. Wenn Jesus sagt: Ändert euer Verhalten, "kehrt um" (Makkabäer 1, 15), meint er etwas wesentlich anderes: die Änderung der Gesinnung, die Abkehr vom sündigen Verhalten und die Heimkehr zu Gott. Auf Grund dieser Erwägungen hat die Deutsche Bischofskonferenz die Kondom-Werbung nicht unwidersprochen hingenommen:

'Auf diese Weise läßt sich die AIDS-Gefahr nicht bannen.'

"Kondome bedeuten: Mach weiter wie bisher, aber schütze dich vor Ansteckung. Das ist menschenunwürdig." ...<<

**11.03.1987**

**BRD:** Nach seiner Wiederwahl bildet Bundeskanzler Helmut Kohl am 11. März 1987 eine Koalitionsregierung aus CDU/CSU und FDP.

**14.03.1987**

**BRD:** Die deutsche SPD-Politikerin Renate Schmidt (von 2002 bis 2005 Bundesministerin) erklärt am 14. März 1987 im Bayerischen Rundfunk (x354/104): >>... Die Frage, (ob die Deutschen aussterben), das ist für mich eine, die ich an allerletzter Stelle stelle, weil dieses ist mir ... verhältnismäßig wurscht.<<

**14.04.1987**

**Belgien:** Die Türkei stellt am 14. April 1987 den Antrag auf Beitritt zur EG.

**17.06.1987**

**DDR:** In der DDR wird am 17. Juni 1987 die Todesstrafe abgeschafft.

Nach westdeutschen Beobachtungen werden In der DDR allein von 1949 bis 1960 etwa 160 Todesurteile verhängt. Davon werden 103 Verurteilte wegen politischer Staatsverbrechen hingerichtet (x009/442).

**04.07.1987**

**Frankreich:** Klaus Barbie (1913-1991, Gestapo-Chef von Lyon) wird am 4. Juli 1987 wegen seiner vielfältigen NS-Verbrechen zu lebenslanger Haft verurteilt.

**17.08.1987**

**West-Berlin:** Der letzte Häftling im Kriegsverbrechergefängnis Spandau, der 93jährige Rudolf Heß (ehemaliger Stellvertreter Hitlers), erhängt sich angeblich am 17. August 1987 in seiner Zelle.

**07.09.1987**

**BRD:** Erich Honecker (Staats- und Parteichef der DDR) stattet der Bundesrepublik Deutschland vom 7. bis zum 11. September 1987 einen offiziellen Staatsbesuch ab.

Erich Honecker betont damals während seiner Rede in Bonn (x092/1136): >>Die Entwicklung unserer Beziehungen ... ist von den Realitäten dieser Welt gekennzeichnet und sie bedeuten, daß Sozialismus und Kapitalismus sich ebensowenig vereinigen lassen wie Feuer und Wasser ...

Wenn wir gemeinsam hinwirken, ... dann wird auch der Tag kommen, an dem Grenzen uns nicht mehr trennen, sondern vereinen, so wie uns die Grenze zwischen der DDR und der Volksrepublik Polen vereint.<<

**12.11.1987**

**BRD:** Die "Deutsche Tagespost" berichtet am 12. November 1987 über ein Gespräch mit Bischof Lehmann zum Schutz vor AIDS: >>... Der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz ging in dem Gespräch auch nochmals auf die Reaktion der katholischen Kirche in Deutschland auf die Kondom-Anzeigen des Bundesgesundheitsministeriums zur Immunschwächekrankheit AIDS ein.

'Wir haben am Anfang einen Paukenschlag tun müssen', sagte Lehmann. Die Bischöfe hätten damals den Eindruck gewinnen müssen, als wolle es der Staat bei einem Appell zu 'technischen Vorsichtsmaßnahmen' belassen und von der ethischen Dimension bei der Aufklärung über AIDS ganz absehen. In der Zwischenzeit, so meinte der Bischof gebe es aber Anzeigen von Gesundheitsämtern mit dem Tenor:

Treue schützt am besten.

Das hätte man von seiten der Bischofskonferenz gewollt. ...<<

### **November 1987**

**BRD:** Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) schreibt im November 1987 in seinem Buch "Vertreibungsverbrechen an Deutschen" über die ungenügende Würdigung der eigenen Opfer (x025/15,196-198): >>Dieses Buch möchte dazu beitragen, die Grabkreuze wieder aufzurichten und den Toten endlich die verdiente letzte Ehre zu erweisen.

Wenn es wahr ist, daß alle Menschen gleich sind, gleich an Wert und Würde, dann hat jede verfolgte Gruppe einen uneingeschränkten Anspruch auf Würdigung ihrer Opfer, auch und gerade in publizistischer Hinsicht. ...<<

>>... Ähnlich wie die Justiz haben auch die öffentlich-rechtlichen Fernsehanstalten unseres Landes ihren Beitrag zur Aufarbeitung der Epoche des Dritten Reiches geleistet. Über die Judenverfolgung allein wurden bis zum Jahr 1978 mindestens 100 Sendungen ausgestrahlt. Seit der Serie "Holocaust" (Anfang 1979) hat sich die Zahl der einschlägigen Produktionen drastisch erhöht. Hinzu kommt eine Vielzahl von Sendungen über andere NS-Verbrechen in den besetzten Gebieten und in binnendeutschen Konzentrationslagern, über die Lage der sowjetischen Kriegsgefangenen usw.

Im Gegensatz zu dieser moralisch gebotenen und weltweit beispiellosen Aufklärungsarbeit kann die Bewältigung des Vertreibungsthemas im Fernsehen in keiner Weise befriedigen. Abgesehen von zwei kurzen Erwähnungen im Jahr 1979 war ... der Dokumentarbericht "Flucht und Vertreibung" aus dem Jahre 1981 der einzige erwähnenswerte Fernsehbeitrag zur intellektuellen Auseinandersetzung mit dem größten Verbrechen der Nachkriegsgeschichte.

Jeder großen und auch mancher kleineren Tragödie dieses Jahrhunderts ist bisher ein würdiges Denkmal gesetzt worden. Man denke z.B. an das imposante Mahnmal auf dem Hügel "Schwalbenburg" in Eriwan (Jerewan), der Hauptstadt der Sowjetrepublik Armenien. Es wurde 1965 zum 50. Jahrestag des türkischen Völkermords an 1,5-2 Millionen Armenier errichtet. Trotz östlicher Kritik wurde am 6. März 1982 ... im Londoner Zentrum (gegenüber dem Victoria und Albert Museum) ein bemerkenswertes Denkmal enthüllt. Es soll an über 2 Millionen Russen und andere Osteuropäer erinnern, die nach dem Krieg gegen ihren Willen von den Westmächten ausgeliefert wurden und zu einem großen Teil im Osten umkamen. ...

Zu den Gedenkstätten von Hiroshima und Nagasaki pilgert die Welt, und im Ostblock existiert eine so große Zahl von historischen Gedächtnisstützen zum Thema NS-Besatzung, daß ihre Auflistung hier zu weit führen würde. ...

Die Erinnerung an beinahe drei Millionen Vertreibungsopfer dagegen wurde im kommunistischen Machtbereich mit großer Gründlichkeit ausgelöscht; für sie dürfte im Osten keine einzige Gedenkstätte existieren. ...

Die ehemaligen Konzentrationslager in Deutschland erinnern heute durchwegs als würdige Gedenkstätten und Museen an den Leidensweg der Antifaschisten, Juden, Zigeuner, Zeugen Jehovas, Homosexuellen und anderen Naziopfer.

Am vollkommensten ist die Aufarbeitung der Vergangenheit naturgemäß in Israel. Außer regelmäßigen staatlichen Gedenktagen mit öffentlicher Schweigeminute und Unterrichtsschwerpunkten in den Schulen ist vor allem an Yad Vashem zu erinnern, die gewaltige Forschungs- und Gedenkstätte auf dem Herzl-Berg in Jerusalem.

Während sogar Chruschtschow die Errichtung eines großen Denkmals für die Opfer des Stali-

nismus plante, sucht man bei uns vergeblich nach einer adäquaten Gedenkstätte für die Opfer der Vertreibungsverbrechen "als Warnung vor Gleichgültigkeit". ... Der Hundefriedhof von Cobham bei London, ein Produkt englischer Tierliebe und liebenswerten Spleens, ist ungleich größer und eindrucksvoller als das größte und eindrucksvollste Denkmal für die Millionen Vertreibungsoffer. ...<<

Der nordamerikanische Völkerrechtler und Historiker Alfred M. de Zayas erklärt später während einer Rede ("Tag der Danziger") in Lübeck (x851/...): >>... Zeitgeist ... bringt gute und schlechte Blüten hervor. Der Zeitgeist in Deutschland hieß jahrzehntelang: "Bekenne Dich zu allen möglichen Verbrechen, tue Buße, trauere um fremde Opfer, trauere nicht um die eigenen Opfer."

Nun fängt man allmählich an, um die Opfer des Bombenkrieges in Deutschland und um die Opfer der Vertreibung zu trauern. Doch zögernd. Und manchmal protestieren die sogenannten Intellektuellen, weil dies die konstruierte Täter/Opfer-Schablone in Frage stellt. Dürfen die Deutschen überhaupt Opfer sein? Sollen Sie nicht weiterhin – und zwar nur und allein – als böse Täter verstanden werden?

Eine verblüffend unmenschliche Frage, die auf eine verblüffende intellektuelle Unredlichkeit zurückgeht. Aber das ist halt die surrealistische Welt, in der wir leben, wo Kriege angeblich für die Demokratie führt werden, und in Guantánamo gefoltert wird, weil die Talibane "böse Leute" sind, wie uns Präsident Bush unlängst sagte.

Als Amerikaner beobachte ich die politischen und intellektuellen Trends in Deutschland, sowie auch in Amerika. Ich begrüße die Veröffentlichung der Bücher von Jörg Friedrich über den Bombenkrieg, die einsichtigen Kommentare von Professor Arnulf Baring in der FAZ, die jüngste Beschäftigung des Fernsehens mit der Tragödie der Vertreibung. ...

Ich begrüße die Initiative eines Zentrums gegen Vertreibungen in Berlin sowie den intelligenten Einsatz von Erika Steinbach und von Professor Dr. Peter Glotz. Selber als Mitglied des Beirats des Zentrums lege ich besonderen Wert darauf klarzustellen, daß es dem Zentrum darum geht, die Tragödie aller Vertreibungen im Europa des 20. Jahrhunderts zu dokumentieren, um sie besser zu verstehen. Es geht darum, künftige Vertreibungen überall in der Welt vermeiden zu helfen, sowie darum, den Opfern von Vertreibungen eine gewisse moralische Anerkennung und historische Gerechtigkeit widerfahren zu lassen.

Es geht um die Würde der Opfer, denn es darf keine politisch korrekten und inkorrekten Opfer geben, sondern wir müssen darauf bestehen, daß alle Opfer vom Krieg und Gewaltherrschaft als unsere Brüder anerkannt werden, als Menschen, die gelitten haben und noch leiden.

Als amerikanischer Beobachter der deutsch-polnischen Debatte finde ich, daß - während die Deutschen sich ihrer Geschichte gestellt und als Konsequenz moralische und erhebliche materielle Wiedergutmachung geleistet haben - die große Mehrheit der polnischen Historiker, Politiker und Bürger dies nicht getan hat oder gerade erst damit anfängt. Das Niveau vieler polnischer Diskussionsbeiträge bewegt sich leider heute noch auf dem Niveau kommunistischer Beschimpfungen der sechziger Jahre.

Das Zentrum gegen Vertreibungen bietet ein Forum für Begegnung, aufrichtige Diskussion und Verständigung. Ich bin überzeugt, daß früher oder später dieses Angebot angenommen werden wird. ...<<

**31.12.1987**

**DDR:** Die Wartezeiten für einen "Trabi" betragen am 31. Dezember 1987 etwa 12,5 Jahre, während man auf den "Wartburg" oder "Lada" sogar 16,5 bzw. 17 Jahre warten muß

**1987**

**BRD:** Otto Uhlitz (Staatsrechtler und ehemaliger enger Mitarbeiter Willy Brandts) kritisiert im Jahre 1987 die deutsche Ausländerpolitik (x268/193): >>Es kann nicht angehen, daß wegen Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens bestraft wird, wer die Staatsform

der Bundesrepublik Deutschland abschaffen will, während der, der das deutsche Staatsvolk in der Bundesrepublik abschaffen und durch eine multikulturelle Gesellschaft ersetzen und auf deutschem Boden einen Vielvölkerstaat etablieren will, straffrei bleibt.

Das eine ist korrigierbar, das andere nicht und daher viel verwerflicher und strafwürdiger. Diese Rechtslage wird auch der Generalbundesanwalt nicht auf Dauer ignorieren können.

...<<

**1988**

Zahme Vögel träumen von Freiheit, wilde Vögel fliegen.
--

<i>Spruchwort aus Deutschland</i>
-----------------------------------

**21.01.1988**

**BRD:** Die "BILD-Zeitung" berichtet am 21. Januar 1988: >>**Wiedergutmachung unterschlagen**

Werner Nachmann (62), Präsident des Zentralrats der Juden, stirbt. Nach seinem Tod stellt sich heraus: Er hat 29,4 Millionen Mark unterschlagen, um seine Firmen zu stützen. Es handelte sich um Zinsen für Wiedergutmachungen, die die Bundesrepublik Deutschland über den Zentralrat an jüdische NS-Opfer gezahlt hat.<<